

Um Ihnen ein besseres Nutzererlebnis zu bieten, verwenden wir Cookies. Durch Nutzung unserer Dienste stimmen Sie unserer Verwendung von Cookies zu. [Weitere Informationen](#)

Ok

0

Jobs Immo Trauer Tickets Werben E-Paper

f

Menü

Suche Profil

FACEBOOK

E-Mail

ales Landkreis Diepholz Stuhr Bundesstraße 6 neu: CDU in Stuhr will Druck auf die Bremer

E-MAIL

Twitter

TWITTER

g+

GOOGLE+

Autor

AUTOR

Feedback

FEEDBACK

Vorschlag von Bürgermeister Niels Thomsen

B6 neu: CDU will Druck auf die Bremer Regierung erhöhen

14.03.17



Bürgermeister Niels Thomsen (r.) und die CDU-Riege: (v.l.) Stuhrs Fraktionsvorsitzender Frank Schröder, Landtagsabgeordneter Volker Meyer, die Bremer Heiko Strohmann und Jens Eckhoff sowie der Bundestagsabgeordnete Axel Knoerig.

© Ehlers

Brinkum - Von Andreas Hapke. Vertreter der CDU wollen in Sachen B6 neu den Druck auf die Bremer Regierung erhöhen. Speziell Bürgermeister Carsten

Sieling haben sie dabei im Visier: „Er soll entweder Ja oder Nein zu dem Projekt sagen“, forderte der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Bürgerschaftsfraktion, Heiko Strohmann, am Dienstag im CDU-Haus an der Bremer Straße.



0



FACEBOOK



E-MAIL



TWITTER



GOOGLE+



AUTOR



FEEDBACK

Beziehe Sieling keine Position, dürfe er im Bremer Umland auch keine Sonntagsreden mehr halten. „Was können wir noch tun, um die Umsetzung der B6 neu zu beschleunigen?“ Diese Frage richtete der CDU-Bundestagsabgeordnete Axel Knoerig gestern Nachmittag an die Bremer Gäste. Neben Strohmann war das der Bürgerschaftsabgeordnete Jens Eckhoff, ehemaliger CDU-Senator für Bau, Umwelt und Verkehr.

Knoerig erinnerte noch einmal daran, dass die B6 neu im [Bundesverkehrswegeplan \(BVWP\) als vordringlicher Bedarf eingestuft sei und dafür sofort 150 Millionen Euro bereitstünden](#). Er wolle nicht, dass diese Priorisierung wegfalle, nur weil die Planung nicht beginne. Die Federführung dafür hat das Land Bremen, das jedoch die doppelt so teure und damit wohl nicht bezahlbare Tunnelvariante bevorzugt. „Die wird es nicht geben“, stellte Strohmann klar.

Städtebauliche Entwicklung stockt

So stockt das Projekt, und damit laut Bürgermeister Niels Thomsen auch die städtebauliche Entwicklung in Brinkum-Nord. Die Lage an der Anschlussstelle Brinkum der Autobahn 1 sei nicht mehr länger hinzunehmen. „Die Fahrzeuge stehen oft genug auf der Standspur, wenn sie in Brinkum von der Bahn abfahren wollen.“ Bei „allem Fokus auf die Entscheidungsträger in Bremen“ wolle er das Augenmerk auf das Land Niedersachsen richten. „Warum bauen wir die B6 neu nicht erst bis zur Grenze Bremens?“, fragte Thomsen.

Eckhoff sprach ebenfalls von einer „unbefriedigenden Situation“ und forderte, auf allen Ebenen Druck aufzubauen. Er schlug eine gemeinsame Veranstaltung mit Bremer und Stuhrer Gewerbetreibenden vor, bei der die Teilnehmer eine Resolution verabschieden könnten. Das entsprechende Positionspapier werde die CDU bis dahin vorbereiten. Erster Adressat der Resolution sei Sieling.



0



FACEBOOK



E-MAIL



TWITTER



GOOGLE+



AUTOR



FEEDBACK

Knoerig kündigte an, „systematisch das Personaltableau der Bremer SPD zu besuchen“ und die Fraktion in „konstruktiven Gesprächen“ von der Dringlichkeit des Projekts zu überzeugen. Außerdem wolle er noch einmal Kontakt mit dem niedersächsischen Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Olaf Lies, aufnehmen.

Knoerig setzt sich für Bau bis zur Landesgrenze ein

Er wolle ihm die Anregung Thomsens vortragen, die Straße zunächst bis zur Bremer Grenze zu bauen. Der Anfrage Knoerigs, ob Niedersachsen nicht die Planungshoheit für die B 6 neu übernehmen könne, hatte Lies bereits eine Absage erteilt. „Mir ist egal, wer was plant. Ich möchte in überschaubarer Zeit eine Verbesserung der Verkehrssituation. Wie, das steht für mich nicht im Vordergrund“, sagte Thomsen.

Klar ist laut Eckhoff: Selbst bei einer schnellen Einigung würde es noch sieben Jahre dauern, bis auf der B6 neu die ersten Fahrzeuge rollen. „Doch besser 2024 als noch später“, sagte Eckhoff. „Die Unternehmen brauchen eine Perspektive“, fügte Strohmann hinzu. Die Argumentation Bremens, die B6 neu würde als Umgehung eine Belastung für die Bremer Bevölkerung darstellen, wollte er nicht gelten lassen: „Das ist unsinnig.“ In seiner Variantenprüfung habe der Bund neben der verkehrlichen Anbindung den Lärmschutz hervorgehoben.

Politik sei eine Abwägung, sagte Eckhoff. „Wer profitiert, wer kommt zu Schaden?“ Von der B6 neu profitierten 250.000 Menschen, die an der Autobahn leben, während sich 50 Bewohner Seehausens und „vielleicht 100 in Obervieland“ durch die Umgehung belästigt fühlten.